



5/SN-191/ME

An das
Bundesministerium für öffentliche
Leistung und Sport
Abteilung II/A/6
Dienst- und Pensionsrecht
Wollzeile 1-3
1010 Wien

Abteilung für Sozialpolitik

Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
Postfach 107
A-1045 Wien
Telefon (01) 501 05-DW
Telefax (01) 501 05-3588
Internet: <http://wko.at/sp>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
920.196/4-II/A/6/01
10.4.2001

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Sp 400/00/Mag. HK/KR
Mag. Kaszanits/Dienstrechtsnov-2

Durchwahl Datum
4394 14.05.2001

Entwurf eines Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Richterdienstgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, das Nebengebührengesetz und das Bundestheater-Pensionsgesetz geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2001).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum oben genannten Gesetzesentwurf nimmt die Wirtschaftskammer Österreich wie folgt Stellung:

Grundsätzlich ist gegen die vorliegenden Änderungen, soweit es sich um Anpassungen an die Judikatur des Europäischen Gerichtshofes, Anpassungen an die Währungsunion sowie Gleichschaltungen der Dienstnehmer im öffentlichen Dienst mit der Rechtsposition bei Privatangestellten (Möglichkeit einer geringfügigen Beschäftigung) handelt, aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich nichts einzuwenden.

Dennoch ergeben sich bei der Durchsicht des Entwurfes einige Unklarheiten, die hier kurz angeführt werden:

1. Anrechnung von Vordienstzeiten bei einer Gebietskörperschaft oder bei einer vergleichbaren Einrichtung in einem EWR/EU-Staat:

Aus den finanziellen Erläuterungen ergibt sich ein Mehraufwand für das Jahr 2001 von rd. 196 Mio. Schilling und für die Jahre 2002, 2003 und 2004 von je rd. 28 Mio. Schilling durch die Anrechnung (Vorrückungsschichttag) bestimmter im EWR/EU-Ausland zurückgelegter Zeiten mit Rückwirkung auf 1. Jänner 1994 und die Berücksichtigung von Zeiten in einem Dienstverhältnis zu einem Gemeindeverband mit Rückwirkung auf 1. Jänner 1999. Die Anrechnung von Vordienstzeiten erfolgt für alle öffentlich Bediensteten und steht somit im Widerspruch zum Urteil des EuGH (RS C-195/98), das eine Berücksichtigung von Vordienstzeiten nur für Vertragslehrer und Vertragsassistenten vorsieht. Weiters wird die Anrechnung der Vordienstzeiten rückwirkend mit 1. Jänner 1994 angewandt, obwohl das oben zitierte Urteil klar zum Ausdruck bringt, dass die Geltung des Artikel 48 EG-Vertrag (nach Änderung jetzt Artikel 39 EG) – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – erst ab dem Zeitpunkt des Beitritts der Republik Österreich zur Europäischen Union mit 1. Jänner 1995 unmittelbar anwendbar und bindend ist.

In Anbetracht der derzeitigen budgetären Situation erscheint der finanzielle Aufwand hoch; Nachzahlungen sollten daher nur geleistet werden, wenn sie aufgrund des EuGH-Judikates eindeutig notwendig sind.

2. Anpassungen im Bereich des Karenzurlaubsgeldes:

Im Hinblick auf den derzeit in Begutachtung befindenden Entwurf des Kinderbetreuungsgeldgesetzes sollten die Artikel 7, 8 und 9 der Dienstrechts-Novelle 2001 noch einmal überprüft werden, da sie mit dem Entwurf des Kinderbetreuungsgeldgesetzes und den Änderungen des Karenzurlaubsgesetzes, des Mutterschutzgesetzes 1979 und des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes nicht stimmig sind.

Die Wirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der abgegebenen Stellungnahme zur obigen Gesetzesentwurf.

- 3 -

Anmerkung:

Im Hinblick auf die Entschließung des Nationalrates werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Gleitsmann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dr. Martin Gleitsmann
Abteilungsleiter